



# Bundestag Aktuell

## Andreas Mattfeldt MdB

25.05.2012

### Verden - Osterholz



*Liebe Freunde,*

die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war bitter für die Union – und ihre Folgen werden teuer für die Menschen im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik. Umso mehr kommt es auf Stabilität und Verlässlichkeit in der Bundespolitik an – Luftschlösser zu bauen, hilft niemandem. Wer, wie die SPD, das Heil in Eurobonds sucht, vergemeinschaftet europäische Schulden und erreicht damit nichts – außer mehr Haftung für deutsche Steuerzahler. Die Grünen, die sonst jedwedes Wachstum verteufeln, fordern in Europa schuldenfinanzierte Wachstumsprogramme. Die Zeiten sind zu ernst für Experimente. Die Bilanz der christlich-liberalen Koalition ist hervorragend: Dem Land geht es gut - Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa. Nicht nur unsere Exporte, sondern auch unsere Importe erreichen Rekordniveau. In Deutschland steigen die Löhne und Gehälter, wir erleben endlich Tarifabschlüsse über Inflationsniveau und ernten damit die Früchte vergangener Reformanstrengungen. Daher bleibt richtig, gerade mit Blick auf Europa: Wachstum kann man nachhaltig nicht durch steuergeldfinanzierte Konjunkturstrohfeuer kaufen. Wachstum muss erarbeitet werden und braucht strukturelle Reformen sowie einen ungeschminkten Blick auf die Wirklichkeit. Wir sagen: Wachstum und Stabilität sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

### Dachsanierung beim „Haus im Schluh“ in Worpsswede gesichert

Derzeit wird das unter Denkmalschutz stehende Gebäude-Ensemble des „Haus im Schluh“ in Worpsswede aufwendig saniert und modernisiert. Während der Bauarbeiten gab es eine böse Überraschung, denn es stellte sich heraus, dass der Dachstuhl im sogenannten „Wohnhaus“ wahrscheinlich aufgrund von Schädlingsbefall komplett erneuert werden muss.

Landrat Dr. Jörg Mielke hat mich auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und mich um Hilfe gebeten. Die das Museum tragende Heinrich Vogeler-Stiftung könne das finanziell nicht stemmen und auch die Mittel von Gemeinde, Landkreis sowie dem Land seien im Rahmen des „Masterplans Worpsswede“ komplett ausgeschöpft.

Selbstverständlich habe ich dem Landrat sofort zugesagt, dass ich alles in meiner Macht stehende tun werde, um diese Lücke mit Bundesmitteln zu schließen. Gestern haben wir im Haushaltsausschuss beschlossen, dass der Bund sich mit 160.000 Euro an der Sanierung des Dachstuhles beteiligt. Als Mitglied des Haushaltsausschusses, der über die Mittelvergabe entscheidet, war es mir eine Herzensangelegenheit diese Gelder zu bewilligen. Mein Dank gilt dabei ganz besonders Kulturstaatsminister Bernd Neumann, der mich dabei sehr unterstützt hat.

Das „Haus im Schluh“ besteht aus drei Gebäuden, dem sogenannten „Wohnhaus“, dem „Webhaus“ und dem Nebengebäude. Die Sanierung des Gebäudeensembles ist Teil des groß angelegten Projekts „Masterplan Worpsswede“.

## Gespräch im Verteidigungsministerium zur Zukunft des Truppenübungsplatzes in Schwanewede

In dieser Woche war ich gemeinsam mit Landrat Dr. Mielke, Schwanewedes Bürgermeister Stehnen sowie dem Konversionsbeauftragten der Gemeinde Schwanewede erneut zu einem Termin mit Staatssekretär Thomas Kossendey im Bundesverteidigungsministerium.

Wie an dieser Stelle mehrfach berichtet, wird der Bundeswehrstandort in Schwanewede geschlossen und es geht nun darum, sicherzustellen, dass der Truppenübungsplatz in Schwanewede ebenfalls aufgegeben wird. Nur dann gibt es die Möglichkeit, das Bundeswehrgelände sinnvoll zu nutzen. Dazu müsste der in Garlstedt ebenfalls vorhandene Truppenübungsplatz aus- bzw. umgebaut werden. In diesem Gespräch ging es darum, ob das möglich ist, welche Schritte dafür gemacht werden müssen und ob es

finanzierbar ist.

Es war gut, dass alle Beteiligten, die Gemeinde, der Landkreis und der Bund an einem Tisch saßen und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht haben. In einem nächsten Schritt muss nun geprüft werden, ob und wie der Garlstedter Übungsplatz das Wegfallen des Schwaneweder Truppenübungsplatzes auffangen kann. Wir haben vereinbart, uns im September erneut zusammzusetzen. Dann wird diese Frage geklärt sein. Mir liegt es sehr am Herzen, dass die Gemeinde schnell Planungssicherheit bekommt.



## Fortschritt durch Innovation

Bundesforschungsministerin Schavan legt mit dem Bundesbericht Forschung und Innovation 2012 beeindruckende Zahlen vor, die belegen, dass unser Land zu den weltweit führenden und innovativsten Nationen gehört. Die Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Entwicklung konnten seit 2005 um mehr als 50% gesteigert werden, von 9 Mrd. € (2005) auf mittlerweile 13,7 Mrd. € (2011). Dies entspricht einer Steigerung des Anteils dieser Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,51% auf 2,82%. Deutschland liegt damit deutlich über dem EU-weiten Schnitt von knapp 1,9% und erreicht bereits 2010 beinahe das angestrebte Ziel von 3% des BIP. Mit unserer Politik zugunsten des Wissenschafts- und Innovationsstandortes Deutschland ist es gelungen, die

Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Die in der integrativen High-Tech-Strategie der Bundesregierung benannten und durch sie besonders unterstützten Schlüsseltechnologien betreffen Themen, in denen dringend Antworten für die Probleme unserer bald von neun Milliarden Menschen bevölkerten Erde ermittelt und bereitgestellt werden müssen – hier werden Produkte, Dienstleistungen und Technologien „Made in Germany“ dringend gebraucht.

Auch mein Wahlkreis profitiert von den Forschungsmitteln: Beide Landkreise zusammen erhalten knapp 2 Mio. Euro Forschungsgelder. Auf den Landkreis Verden entfällt mit knapp 1,7 Mio. Euro der Großteil. Unternehmen im Landkreis Osterholz erhalten knapp 230.000 Euro.

## Neuregelung der Organspende

In Deutschland warten pro Jahr über 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan. Die moderne Medizin kann die Lebenserwartung und die Lebensqualität von Patienten mit schweren Erkrankungen von Organen deutlich verbessern. Ohne Organe, die von Spendern zu Verfügung gestellt werden, erreicht sie jedoch früher ihre Grenzen – statistisch gesehen sterben täglich drei auf ein Spenderorgan Wartende, da das Angebot an transplantationsfähigen Organen zu gering ist. Mit unserem Gesetz wollen wir dazu beitragen, Klarheit zu schaffen und die Lage der Patienten zu verbessern. Die Entscheidung über eine Organspende ist eine sehr persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen Bürgers. Im Gesetz zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz geht es daher um Organspende und nicht um eine „Organbereitstellungspflicht“. Es wird niemand gezwungen sich zu entscheiden und einen Spenderausweis auszufüllen. Es wird vielmehr jeder Bürger in die Lage versetzt und aufgefordert, sich zu Lebzeiten mit der Frage seiner Spendenbereitschaft ernsthaft zu befassen. Jeder wird gebeten, sich zu äußern – angesichts der Tatsache, dass eine derartige Entscheidung Leben retten kann, erscheint diese Bitte gering.

**Büro Berlin:**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
**Telefon: 030 - 227 71322**  
**Email: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**  
**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**  
**Redaktion: Tatjana Range**



**CDU**